

Teilnahmeantrag

Vergabeverfahren | Freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb mit Neubau eines Überdachungsbauwerks ZOB GÖPPINGEN

Benennung Tragwerksplaner:in bzw. Architekt:in

Formulare Nachreichung Tragwerksplaner:in bzw. Architekt:in bitte
über die Bieterkommunikation der Vergabeplattform bis spätestens
14.06.2024

Verfahrensbetreuung und Vorprüfung

kohler grohe architekten
Löffelstraße 4
70597 Stuttgart
T 0711 769 639 30
E wettbewerb@kohlergrohe.de

Eigenerklärung | Unterschrift | Tragwerksplaner:in

Ich versichere/ wir versichern mit der Unterzeichnung die Richtigkeit aller Angaben, insbesondere

1. dass keine Ausschlusskriterien nach dem GWB in §§ 123 vorliegen. Falls Einzelziffern nach § 124 vorliegen, sind diese mit Angabe, Erläuterungen und Nachweisen der Bewerbererklärung als Anlage beizufügen.
2. dass die Vorgaben des öffentlichen Auftraggebers zur Eignung (Art. 58 Richtlinie 2014/24/EU) erfüllt werden mit Blick auf
 - a. die Befähigung zur Berufsausübung,
 - b. die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie
 - c. die technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Die Nachweise, dass die Eignungskriterien erfüllt werden, können jederzeit von Unternehmen vorgelegt werden.

3. dass im Auftragsfall eine ausreichende Haftpflichtversicherung abgeschlossen wird.

Datum | Vor- und Nachname Bewerber:in Tragwerksplaner:in

Eigenerklärung | Verbot Beteiligung russischer Unternehmen | Unterschrift Tragwerksplaner:in

1. Ich/wir erkläre/n, dass wir nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen:
 - a. russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen
 - b. juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden oder
 - c. natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. Ich/wir erkläre/n, dass am Verfahren unsererseits keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf solche Unternehmen entfallen).

Hinweis: Verboten sind nicht nur direkte Auftragsvergaben an RUS Unternehmen i.S.d. Vorschrift, sondern es ist auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer oder Lieferant untersagt, soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf RUS Unternehmen entfallen. Dasselbe gilt, wenn RUS Unternehmen im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (sog. Eignungsleihe) benannt wurden, soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf RUS Unternehmen entfallen.

Datum | Vor- und Nachname Bewerber:in Tragwerksplaner:in

Eigenerklärung | Unterschrift | Architekt:in

Ich versichere/ wir versichern mit der Unterzeichnung die Richtigkeit aller Angaben, insbesondere

1. dass keine Ausschlusskriterien nach dem GWB in §§ 123 vorliegen. Falls Einzelziffern nach § 124 vorliegen, sind diese mit Angabe, Erläuterungen und Nachweisen der Bewerbererklärung als Anlage beizufügen.
2. dass die Vorgaben des öffentlichen Auftraggebers zur Eignung (Art. 58 Richtlinie 2014/24/EU) erfüllt werden mit Blick auf
 - a. die Befähigung zur Berufsausübung,
 - b. die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie
 - c. die technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Die Nachweise, dass die Eignungskriterien erfüllt werden, können jederzeit von Unternehmen vorgelegt werden.

3. dass im Auftragsfall eine ausreichende Haftpflichtversicherung abgeschlossen wird.

Datum | Vor- und Nachname Bewerber:in Architekt:in

Eigenerklärung | Verbot Beteiligung russischer Unternehmen | Unterschrift Architekt:in

1. Ich/wir erkläre/n, dass wir nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen:
 - a. russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen
 - b. juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden oder
 - c. natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. Ich/wir erkläre/n, dass am Verfahren unsererseits keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf solche Unternehmen entfallen).

Hinweis: Verboten sind nicht nur direkte Auftragsvergaben an RUS Unternehmen i.S.d. Vorschrift, sondern es ist auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer oder Lieferant untersagt, soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf RUS Unternehmen entfallen. Dasselbe gilt, wenn RUS Unternehmen im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (sog. Eignungsleihe) benannt wurden, soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf RUS Unternehmen entfallen.

Datum | Vor- und Nachname Bewerber:in Architekt:in

Formblatt | Bewerber:innengemeinschaft Landschaftsarchitekt:in mit Tragwerksplaner:in und ggf. Architekt:in

Wir bewerben uns als: bitte ankreuzen

Natürliche Person | Einzelunternehmung

Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Partnerschaftsgesellschaft gemäß Partnerschaftsgesetz

Juristische Person z.B. Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Bewerbergemeinschaft

Arge (Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung)

Die/der Teilnehmer:in bestätigt die Angaben auf dem Formblatt mit seiner Unterschrift auf Seite 11.

Bürobezeichnung | Bezeichnung der Bewerber:innengemeinschaft | Name Vorname des Verfassers/Verfasserin

Straße | PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

Fachrichtung | Kammer | Kammer-Nummer | Eintragungsort

Bürogründung

Datum | Vor- und Nachname Bewerber:in Tragwerksplaner:in

Formblatt | Bewerber:innengemeinschaft Landschaftsarchitekt:in mit Tragwerksplaner:in und ggf. Architekt:in

Wir bewerben uns als: bitte ankreuzen

Natürliche Person | Einzelunternehmung

Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Partnerschaftsgesellschaft gemäß Partnerschaftsgesetz

Juristische Person z.B. Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Bewerbergemeinschaft

Arge (Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung)

Die/der Teilnehmer:in bestätigt die Angaben auf dem Formblatt mit seiner Unterschrift auf Seite 11.

Bürobezeichnung | Bezeichnung der Bewerber:innengemeinschaft | Name Vorname des Verfassers/Verfasserin

Straße | PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

Fachrichtung | Kammer | Kammer-Nummer | Eintragungsort

Bürogründung

Datum | Vor- und Nachname Bewerber:in Architekt:in

Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Die Ausloberin (Stadt Göppingen, im folgenden Ausloberin) verarbeitet im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Margot Baumann, Vergabestelle Göppingen, vergabestelle@goeppingen.de; Tel. 07161 / 650 3910 und Tillman Pospischil, kohler grohe architekten, tillman.pospischil@kohlergrohe.de; Tel. 0711 / 769639-48

2. Wie sind die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten?

Komm.ONE , Anstalt des öffentlichen Rechts; Krailenshaldenstraße 44, 70469 Stuttgart, datenschutz@goeppingen.de

3. Was sind die Rechtsgrundlage und der Zweck der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

Die Ausloberin hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des Vergabeverfahrens und erfolgt auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO und Art. 6 Abs. 1 lit. b und c DSGVO. Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere:

Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartner/innen der Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer), Daten zu Ausschlussgründen i.S.v. §§ 123 bis 126 GWB Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind oder Sie eingewilligt haben.

5. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und der Vergabeakte beigelegt.

6. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß §134 GWB über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei einer Auftragssumme ab 30 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) muss der öffentliche Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (künftig: Wettbewerbsregister) einholen.
- Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer).
- Gerichte im Falle von Klagen.

7. Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen.

8. Welche Rechte haben betroffene Personen?

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Nähere Informationen ergeben sich insbesondere aus Art. 15 bis 18 und 21 DSGVO.

In einigen Fällen gilt, dass das Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf.

Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit.

Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – eine Vervollständigung verlangt werden.

Recht auf Löschung

Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

Der Anspruch hängt jedoch u.a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch

Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist.

Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Recht auf Widerruf

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt.

Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg
(LfDI BW) Königstraße 10 a
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/61 55 41 – 0
Telefax: 0711/61 55 41 – 15
<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/>